



Konsens und Tabu

Ein Rechenschaftsbericht mit einer gesellschaftlichen Einschätzung der nationalsozialistischen Tendenzen in der BRD 2005

Bündnis gegen Realität (BGR) Leipzig
www.nadir.org/bgr

Einleitung

In den letzten anderthalb Jahren hat innerhalb des bgr/Leipzig die Diskussion über die Nazibewegung und Antifa wieder begonnen. Ausgangspunkt war die Wahrnehmung sich verstärkender Aktivitäten der Naziszene, also einer erneuten Zunahme der Masse bei Demonstrationen, aber auch erneut steigende Zahlen von Übergriffen. Zugleich stellte sich uns das Projekt einer gegen die Nazis gerichteten zivilgesellschaftlichen Mobilisierung zwischenzeitlich als im Abklingen oder gar ganz im Einschlafen begriffen dar. Entsprechend gab es Bestrebungen, die

Analyse der Jahre 2000ff., in der wir konstatierten „Antifa heißt ausschlafen!“, das gesellschaftlich drängendere Problem liegt in der zivilgesellschaftlichen Transformation in der BRD, entsprechend der neuen Entwicklungen zu überdenken und zu aktualisieren. Die ersten praktischen Konsequenzen daraus waren eine erneute Beteiligung an den Mobilisierungen gegen die Naziaufmärsche in Leipzig am 3. Oktober des letzten und dem 1. Mai diesen Jahres, aber auch die Teilnahme an der Demonstration der Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“ in Pirna. Inhaltlich

aber fanden und finden wir das Niveau der Renaissance von Antifa der gesellschaftlichen Situation höchst unangemessen. Denn weder ist die zivilgesellschaftliche Mobilisierung ganz verschwunden, wie der 8. Mai bewies, an dem die wiedererwachte Antifabewegung mit einer Berliner Großdemonstration zum Teil ganz bewusst am regierungsoffiziellen „Tag der Demokratie“ teilnahm; noch sind Demonstrationen gegen Naziläden eine dem Stand der Nazibewegung und ihrer gesellschaftlichen Verankerung angemessene Reaktion – auch eine Erkenntnis, die uns in der zugrunde gegangenen Antifabewegung schon einmal vorhanden gewesen zu sein scheint.

Der folgende Text will Beitrag zu einer so noch nicht existierenden Debatte um die Möglichkeit von Antifa in der Gegenwart sein.¹ Er beginnt nicht mit dem 60. Jahrestag der Niederschlagung Deutschlands, sondern mit dem Desaster, das die Antifa am 13. Februar in Dresden erlebte, weil sich an diesem Beispiel im Gegensatz zum 8. Mai die Verbindungen von Nazibewegung und gesellschaftlichem Konsens aufzeigen lassen und neben der Schwäche der radikalen Linken im Umgang mit Nazis und ihren Themen auch die der zivilgesellschaftlichen Antinazikampagne offenbart.

Die Dresdner Denkgemeinschaft

Für eine dramatische Stimmung sorgten am 13. Februar 2005, dem 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens, nur die Nazis. Sie beschallten Dresdens Alt- und Neustadt mit Wagner. Ansonsten blieb es rund um den Aufmarsch von über 5.000 Nazis sehr ruhig. Dass ein paar Dutzend Antifas eine Brücke blockierten, die der Aufmarsch auf seinem Weg in die historische Altstadt zu überqueren hatte, war mehr die Simulation einer Störung als tatsächliche Behinderung. Die Polizei beseitigte dieses Hindernis ohne größere Mühe; nicht zuletzt weil größere Menschenmengen, das Spektakel lieber aus einigem Abstand begafften und kommentierten (etwa die örtlichen Grünen mit ihrem folgenlosen Slogan „Tu was gegen rechts!“). So blieb es für die Polizei ein leichtes, den ohnehin spärlichen Protest vor dem Naziaufmarsch in Seitenstraßen zu scheuchen. Wie überflüssig dies im Grunde war, zeigte das Ende des Aufmarschs, nach dem sich dessen TeilnehmerInnen in teils großen Gruppen durch Dresden bewegten, ohne auch nur auf Unmutsäußerungen der Bevölkerung zu stoßen. Statt dessen sammelte sich der Unmut auf einer hauptsächlich von Gewerkschaften und PDS organisierten Demonstration, die nach dem Aufmarsch der Nazis forderte: „Geh Denken!“ Deren Anlass war zwar die Unzufriedenheit über die Ansichten der Nazis, ihr Ziel war aber das Gedenken an die Opfer der Bombardierung, denen auch das Andenken auf dem Naziaufmarsch gegolten hatte.

Das „Geh Denken!“ machte nur deutlich, was die überwiegende Mehrheit von Dresdnerinnen und Dresdnern, die sich schließlich am Abend zu einem Lichtermeer versam-

melten, dachten. Zentral an diesem Tag war die Bekundung der Trauer über die deutschen Opfer des 2. Weltkriegs. Linke Kritik an dieser politischen Kundgebung galt ihnen als genauso irrsinnige Negation der geschichtlichen Lehre, wie sie das Nazitum als vereinzelt Unverstand abtaten, den die übergroße Mehrheit nicht einmal mit dem Anstecken einer weißen Rose kommentieren wollte. In ihrem Gedenken war die große demokratische Mehrheit ganz bei sich. Den Naziaufmarsch nahm sie hin. Bei demonstrativer antideutscher Kritik, die es nur in homöopathischen Dosen gab, reagierte sie allergisch. Jegliche demonstrative Handlung wurde polizeilich unterbunden.

Was aber ist die historische Lehre, die die demokratische Mehrheit aus der Bombardierung Dresdens zieht? Gab es noch zum 50. Jahrestag vereinzelt, am „verordneten Antifaschismus“ der DDR geschulte Stimmen, die den Kampf gegen den Faschismus als wichtigste Lehre benannten, sind diese zehn Jahre später ausgestorben. Das offizielle Plakat Dresdens ziert eine Liste von Städtenamen von B wie Bagdad über D wie Dresden 1945, G wie Grosny und (unvermeidlich) H wie Hiroshima bis N wie New York und W wie Warschau. Das lässt außer der Interpretation, „Krieg ist schlimm“, auch den Schluss zu, die Alliierten von damals seien bis heute nicht in der Lage, diese in Dresden von jedem Kind begriffene Lehre zu beherzigen. Beim Naziaufmarsch las sich das dann so: „Das Böse ist noch nicht besiegt!“ und es folgte eine ähnliche, auf Einsätze der US-Armee zugespitzte Liste, die mit „Iran?“ endete. Die Doppeldeutigkeit wäre nicht nötig gewesen, immerhin herrschte schon im Vorfeld des Irakkriegs Einigkeit, dass es gälte, Bagdad nicht zu einem neuen Dresden werden zu lassen. In dem Maße, in dem das „Nie wieder Faschismus!“ aus dem Katalog der öffentlich gezogenen Lehren der Dresdenbombardierung herausfällt, werden die Positionen zwischen Nazigedenken und der Meinung Dresdener Bevölkerung ununterscheidbar.

Das zeigt sich auch am Umgang mit den Opfermythen. Hätte es nicht die Debatte um den Begriff „Bombenholocaust“ gegeben, mit dem die NPD im sächsischen Landtag ihrer Klientel ihre Unangepasstheit an das demokratische System bewies, es wäre unmöglich gewesen, die Erinnerungen beim Naziaufmarsch, von denen des Rests zu unterscheiden. In den Feuilletons waren durchaus Dinge zu erfahren, die das Gedenken als Obszönität erscheinen ließen. Etwa, dass die für eine deutsche Großstadt einmalige zentrale, öffentliche Verbrennung der Leichen auf die Anwesenheit von Einsatzgruppen der SS zurückzuführen war, die bei ihrem Rückzug aus Osteuropa, die Leichen ihrer Opfer so beseitigt hatten und jetzt mit bewährter Routine verfahren. Oder, dass die Frauenkirche einst ein Zentrum der nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ war, aus dem vertrieben wurde, wer nicht fanatisch den Antisemitismus vertrat. Oder, dass schon wenige Tage nach der Bombardierung erneut Jagd auf die entkommenen Jüdinnen und Juden gemacht wurde. Während all dies zusammen mit der Widerlegung der alten Mythen von der

¹ Anfragen zu Diskussionsveranstaltungen bitte an: bgr@mail.nadir.org oder bgr@leipzig.org, PF 301154, 04251 Leipzig

unschuldigen Barockstadt, Phosphorbomben, Tieffliegern über den Elbwiesen und hunderttausenden Toten im Rest der BRD zu vernehmen war, beharrt die gedenkende Bevölkerung darauf, die Bombardierung sei ein grausames Kriegsverbrechen gewesen. Und auch die Benennung deutscher Kriegsschuld, etwa der obligatorische Verweis auf Coventry in den offiziellen Gedenkreden, bleibt in der Erinnerung vor Ort folgenlos. Wobei die Mehrheit der Gedenkenden schon aufgrund ihres Alters die Bombardierung nicht selbst erlebt haben kann und sich folglich nicht wegen einer privaten Trauer, sondern als politisches Bekenntnis versammelt.

Es ist der politische Charakter einer über die Generationen hergestellten Opfergemeinschaft, die keine Demonstration einer abweichenden Meinung ertragen kann, die beim Dresdner Lichtermeer den Vergleich zur Volksgemeinschaft des Nationalsozialismus nahe legt. Dresden nimmt damit durchaus eine Sonderstellung in der offiziellen Gedenkkultur der BRD ein. Innerhalb dieser Gedenkkultur dienen Veranstaltungen zur Befreiung von Auschwitz und anderer KZs und Vernichtungslager, aber auch die Teilnahme an den Feiern zur Landung in der Normandie oder die Erinnerung an den 8. Mai inzwischen der Versicherung, seitdem auf der richtigen Seite zu stehen, so dass der Untergang des Nationalsozialismus zum Happy End für Deutschland wird. Gerade durch das dabei vorgebrachte Schuldbekenntnis wird die Befreiung von der Schuld erreicht. Dagegen steht Dresden als nationales Symbol für jenen Teil der Erinnerung, der den deutschen Opfern gewidmet ist. In ihm bleibt das reale Empfinden der Niederlage aufgehoben und wird gepflegt, wobei sowohl Happy End als auch Opferbeweinung heute nebeneinander stehen können, ohne ein kohärentes Bild ergeben zu müssen. Und das unterscheidet die Nazis dann doch. Sie glauben immer noch, die bloße Erwähnung der deutschen Verbrechen stünde Volksgemeinschaft, Nationalbewusstsein und Opfertum im Weg.

Zugleich verdeutlicht dieser Unterschied, warum das bürgerliche Gedenken sich zwar entschieden von „Bombenholocaust“ und Naziaufmarsch abgrenzte, in der Sache aber oberflächlich bleiben musste, wenn es darum ging, das Falsche und Skandalöse an den Nazis zu benennen. Trotzdem muss es verwundern, wie defensiv der Umgang mit dem Naziaufmarsch am 13. Februar war. Zur Erinnerung: Ein halbes Jahr zuvor war im Zuge der Hartz IV Proteste die NPD mit ihrem auf NS-Anleihen beruhenden sozialpolitischen Ansatz mit knapp zehn Prozent in den sächsischen Landtag eingezogen. Von CDU bis PDS herrscht seitdem Einigkeit, den Nazis müsste offensiv entgegen getreten werden. Wobei es aber bis heute bei Ankündigungen blieb, weil nicht nur CDU und PDS als die klassischen sächsischen „Volksparteien“ auf dasselbe Wahlvolk zielen, sondern zudem auch inhaltliche Überschneidungen haben, die CDU bei Rassismus und Repression, die PDS beim Bild einer sozialen Alternative (die NPD orientiert sich dabei noch bewusster am Vorbild

DDR, als die um Läuterung bemühten SED-NachfolgerInnen). Doch auch ohne tiefgreifende inhaltliche Auseinandersetzung wäre es möglich gewesen, zum Aufstand gegen den Aufmarsch aufzurufen. Immerhin war das gerade vor dem 13. Februar in einer Vielzahl von Städten wieder gängige Praxis geworden und Bundestagspräsident Thierse hatte in der schon begonnenen Auseinandersetzung um den NPD-Aufmarsch am 8. Mai sogar öffentlich gefordert, die Anständigen müssten sich den Nazis in einem zweiten Aufstand erneut auf der Straße entgegenwerfen. Doch was Land auf Land ab reibungslos – in Leipzig mittlerweile schon als Routine – funktioniert, war in Dresden nicht möglich. Mit der beschriebenen Konsequenz des ersten ungestörten Naziaufmarschs in dieser Größenordnung in einer deutschen Großstadt seit der Wiedervereinigung.

Damit ergibt sich das Bild einer Nazibewegung, die sich vom „Aufstand der Anständigen“ und der Verunsicherung durch das NPD-Verbotsverfahren mehr als nur erholt hat, während das Niveau, auf dem ihr begegnet wird, noch unter dem des Jahres 2000 liegt. Für uns ergeben sich damit mehrere Fragen. Zunächst gilt es zu analysieren, worauf die inhaltliche Zustimmung zur Nazibewegung beruht, die ihr Wachstum trotz Höhen und Tiefen auf lange Sicht zu erklären vermag. Es gilt aber auch, zu sehen, wo die Grenzen der Nazisympathien liegen und wie stark diese ausgeprägt sind. Vor diesem Hintergrund lässt sich dann beschreiben, welche Probleme die Nazis tatsächlich bereiten. Dass diese Probleme real und mörderisch sind, lässt schließlich die Frage aufkommen, wie die inzwischen institutionalisierten Formen des „Aufstands der Anständigen“ zu bewerten sind. Und es erfordert eine Wiederaufnahme der seit 2001 ruhenden Diskussion antifaschistischer Konzepte.

Was ist der „rechter Konsens“?

Um zu analysieren, worauf die Toleranz und Unterstützung von Nazis beruht, haben wir vor einigen Jahren den Begriff des „rechten Konsens“ gewählt. Dieser Konsens versammelt in sich all jene Elemente, die mit der nationalsozialistischen Weltanschauung konform sind, aber weit über die Naziszene hinaus als Selbstverständlichkeiten gelten. Anders als in der Zeit des Nationalsozialismus, von der ausgehend die nationalsozialistische Weltanschauung in Deutschland als traditionsbildend angesehen werden muss, sind die Elemente des rechten Konsens jenseits der Naziszene nicht in einer einheitlichen politischen Vorstellung verankert, sondern existieren als alltägliche Überzeugungen mit- und nebeneinander. Sie können als Elemente sogar mit einer Grundhaltung koexistieren, die den Nationalsozialismus und die aktuellen Nazis politisch ablehnt und darauf gerichtet ist, Nazis sozialpädagogisch zu resozialisieren. In einem solchen Fall gelten nicht die Überzeugungen der Nazis als problematisch, sondern die Radikalität ihres politischen Ausdrucks oder – öfter noch – die als politisches Mittel abgelehnte Gewalt. Spätestens seit

der Einführung der „akzeptierenden Sozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen“ nach der Pogromwelle Anfang der 90er Jahre hat sich gezeigt, wo die Probleme eines solchen auf dem rechten Konsens basierenden Anti-Nazi-Programms liegen. Nicht nur ersetzt Verständnis die politische Auseinandersetzung, es zeigt sich auch, dass Nazipositionen im rechten Konsens als normal etabliert sind und die Projekte mit und gegen die Nazis so als Basis für die Erlangung lokaler Nazihegemonien genutzt werden können. Doch auch nachdem die Projekte der „akzeptierenden Sozialarbeit“ beendet wurden, ist die Ursache ihres Misserfolgs, der rechte Konsens, nicht in den Fokus der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Nazibewegung gerückt. Der rechte Konsens hat den im Sommer 2000 staatlich verordneten Antifaschismus überdauert und ist heute immer noch unbeschädigt.

Die Elemente des rechten Konsens lassen sich grob in drei Gruppen einteilen. Das sind zum einen Vorstellungen vom Staat und dem Verhältnis der Einzelnen zu ihm, als nächstes die am Volk orientierte Eigenwahrnehmung und schließlich die Konstruktionen der Volksfremden.

Der Staat ist ich

Der Staat ist im rechten Konsens eine autoritäre Institution. Den Anweisungen staatlicher Behörden ist grundsätzlich Folge zu leisten. Im Gegenzug obliegt ihnen die Lösung gesellschaftlicher Probleme. Das heißt nicht, dass im rechten Konsens Konflikte mit der Staatsgewalt ausgeschlossen sind. Doch solche Konflikte gelten in ihm aus dem Unvermögen und Verfall der staatlichen Institutionen hervorgegangen. Es geht im rechten Konsens nie um eine Staatskritik, sondern um eine Kritik an der politischen Klasse, die sich gegenwärtig des Staates bemächtigt hat, an der Schwäche staatlicher RepräsentantInnen, die zur Lösung der Probleme, trotz der ihnen zustehenden Autorität nicht in der Lage sind. Die nationalsozialistische Problemlösungsstrategie, des „starken Mannes“ und „Führers“, der sich den Staat als Instrument zu Eigen macht und ihn so wieder zu seinem eigentlichen Zweck einsetzt, sind im autoritären Staatsverständnis des rechten Konsens bereits angelegt. Die weit über die Naziszene hinausgehende positive Reaktion auf soziale (früher auch ökologische) Diktaturen als Krisenbewältigungsstrategien hat hier ihre Grundlage.

Ein derartiges Staatsverständnis geht mit einer sehr starken Identifikation der Einzelnen mit den staatlichen Vorgaben einher. Diese Identifikation geht über die Anerkennung staatlicher Legitimität hinaus, ohne die keine kapitalistische Gesellschaft längerfristig funktionieren würde. Ist das Paradebeispiel einer solchen Identifikation der fanatische Endkampf der Deutschen im Zweiten Weltkrieg, muss für die Gegenwart festgestellt werden, dass das Aufgehen im Staat („Wir sind Papst!“) in wesentlichen Bereichen, sei es bei Steuerzahlungen oder Arbeitszwang durch Hartz IV, gegenwärtig nicht feststellbar ist. Vielmehr resultiert die Zustimmung zu staatlichen Maßnahmen heute oft aus der

Übereinstimmung in Problembeschreibungen (etwa dem drohenden Verlust globaler Wettbewerbsfähigkeit mit steigender Arbeitslosigkeit als Konsequenz und Produktionskostensenkung als einzigem Heilmittel), die als Sachzwänge nur eine Lösung zuzulassen scheinen. Das eigene Opfer wird dabei aber nur widerwillig akzeptiert.

Der Identifikation steht allerdings auch als Hindernis die Abweichung des realen Staates von seinem im rechten Konsens vertretenen Idealbild im Wege. Solange der reale Staat weder Arbeit noch soziale Aufwertung durch Volkzugehörigkeit garantiert, ist der drohende Arbeitsdienst nur eine Last. Denn im rechten Konsens ist der Staat der organisatorische Ausdruck einer ihm zugrunde liegenden Gemeinschaft der Deutschen. Als Staat sollte sich diese Gemeinschaft gegen schädliche Einflüsse von außen, wie Globalisierung und „heuschreckenschwarmartig über Unternehmen herfallende Investmentfonds“, aber auch Kriminelle und eigennützige Interessengruppen, wehren. Erst wenn der Staat dieser Aufgabe gerecht würde und er gemeinschaftsschädigendes Verhalten unterbände, wäre die Konsequenz eine Akzeptanz des Grundsatzes „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ auch für die einzelnen EmpfängerInnen von Hartz IV und bei der Entrichtung von Unternehmenssteuern.

Wie nah an der Oberfläche die Identifikation mit dem Staat liegt, zeigt nicht nur der Angriff auf Schröder während der Hartz IV Proteste, bei dem ein Arbeitsloser den Kanzler packte und „Gib mir Arbeit!“ forderte. Es zeigt auch die Haltung zur Arbeit überhaupt. Zwar ist es nicht mehr die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, die im Zusammenklang mit dem Proletkult im Nationalsozialismus die deutsche Einheit als Einheit der Produktivkraft, der auch die Arbeiter des Kopfes dienten, schuf, aber noch immer herrscht die Vorstellung von Arbeit als einzig legitimer Grundlage der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und Leben. Nur arbeitend können sich die Einzelnen in ihrer Existenz gegenüber der Gemeinschaft rechtfertigen. Wer angesichts von über fünf Millionen mehrheitlich verzweifelt nach einem Job suchenden Arbeitslosen einen Arbeitsplatz gern anderen überlässt, gilt als Schmarotzer. Kampagnen gegen solche Existenzen, wie die sich häufenden Angriffe auf unpatriotisches Verhalten zeigen, welche Breite der rechte Konsens in dieser Frage hat.

Eine große Übereinstimmung existiert auch in Bezug auf die Autorität des Staates zur Überwachung der Einzelnen. Wenn selbst der staatliche Zugriff auf das bourgeoise Allerheiligste, das Bankkonto nicht mehr als ein kurzfristiges Unbehagen auslöst, dann ist die Überwachung – sei es im Dienste der Sicherheit oder auch nur der Steuerehrlichkeit – durch nichts mehr beschränkt. Das Vertrauen in den Staat erschüttert kein Misstrauen gegen ihn.

Die Feinde des Volkes

Überwachungsapparate und Patriotismuskampagnen dienen der Aktivierung der Gemeinschaft von innen heraus,

dauerhaft effektiv ist der rechte Konsens in der Konstitution der Gemeinschaft aber durch die Identifizierung äußerer Feinde. Der Antiamerikanismus nimmt hier in der Gegenwart eine besondere Stellung ein, weil er es vermag, über den klassischen rechten Konsens hinaus Brücken in jene Teile der Gesellschaft zu schlagen, die die Zukunft Deutschlands in einer europäischen Perspektive sehen. Gerade dort, wo aus der Abwendung vom Nationalsozialismus und Westbindung der BRD heute die Möglichkeiten der Politik abgeleitet werden, ist der Antiamerikanismus das Mittel der Selbstvergewisserung, das das neue Deutschland mit dem Deutschland, wie wir es kennen, in Übereinstimmung bringt. Wie im Antisemitismus – dessen Anwachsen in all seinen Formen in den letzten Jahren immer wieder festgestellt werden musste – ist auch der Antiamerikanismus eine Projektion der Probleme und Widersprüche der deutschen Gesellschaftsordnung in eine äußere Kraft, die am Zustand der Welt und seiner Wirkung auf Deutschland bzw. Europa schuld ist.

In dieser Funktion haben Antiamerikanismus und Antisemitismus gegenwärtig den Rassismus abgelöst, um den sich die Problembeschreibungen des rechten Konsens in den 90er Jahren gruppierten. Das heißt nicht, dass der Rassismus verschwunden wäre oder auch nur nachgelassen hätte. Ausdifferenziert in ausländerfreie Zonen im Osten und Multikulturassismus in den (west-)deutschen Großstädten hat er heute nicht mehr die Kampagnenmächtigkeit, die ihm einst inne wohnte. Der Streit, ob der Vertreibungsassismus von Nazis und Mob oder der Leistungsassismus wirtschaftlicher und politischer Eliten Deutschland mehr nützt, hat zu einer verschärften Asylpolitik einerseits und dem Versuch des Migrationsmanagements andererseits geführt, wobei die einschränkenden Elemente eindeutig überwiegen. Der Umgang mit Islamismus, Ehrenmorden und Zwangsehen zeigt zudem, wie wenig Bedeutung dem Gerede von Integration und Chancengleichheit auch unter rot-grün zukommt. Bis heute handelt es sich bei AusländerInnen um Fremde, die entweder aufgrund ihrer Rasse oder eben ihrer Kultur die Anderen sind und bleiben müssen.

„Man muss doch mal sagen dürfen ...“

Da der rechte Konsens aus einzelnen Elementen zusammengesetzt ist, die unabhängig voneinander Bestand haben können, sind einzelne der Elemente politisch unterschiedlich stark verankert und abhängig von politischen Kampagnen unterschiedlich wirkungsmächtig. Nicht jede Konjunktur von Elementen des rechten Konsens nützt dabei den Nazis. Die Bedingungen, unter denen aus dem rechten Konsens ein Erstarken der Nazibewegung folgt, lassen sich an drei Beispielen aus den letzten Jahren diskutieren. Vom Antiamerikanismus der Friedensbewegung, der geschichtspolitischen Debatte um den 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens und den Protesten gegen Hartz IV mündete nur die letzte Aktivierung des rechten Konsens in einer spürbaren Konjunktur für die Nazis. In

den anderen Kontexten waren sie zwar mit ihren Positionen weitgehend im gesellschaftlichen Konsens verankert, kamen aber nicht dazu, sich innerhalb dieses Konsenses als politische Kraft zu profilieren. Im Rahmen der Friedensbewegung lag das daran, dass die Nazis mit ihrer Definition des Problems in den internationalen Beziehungen der Beschreibung der Regierung unterlegen waren. Während die Regierung die Handlungsfähigkeit Deutschlands im internationalen Kontext zu erhöhen trachtet und dabei mit der Einbindung in die EU und eine europäische Militärstruktur bei bzw. in der NATO auch einen erfolgversprechenden Weg präsentieren kann, ist die Forderung der Nazis nach einem deutschen Isolationismus dem Nationalgefühl, endlich als Global Player auf der Weltbühne dabei zu sein, unangemessen. Der Mangel an nationaler Öffnung und das Verharren im Bezugsmodell Deutschland sind es, die den Antiamerikanismus der Nazis in dieser Frage trotz des gemeinsamen Hasses auf den US-Imperialismus antiquiert erscheinen lassen.

Ganz ähnlich verhält es sich in der Frage der Geschichtspolitik. Hier sind die Nazis mit ihrer Betonung der deutschen Opfer und der Beschwörung „allierter Kriegsverbrechen“ Teil eines breiten Konsenses. Doch die Unfähigkeit von deutscher Schuld zu sprechen, die aus der Rückbindung an den Nationalsozialismus resultiert, isoliert die Naziposition in einem Deutschland dessen Bevölkerung und Eliten längst glauben, diese Schuld in einem Prozess der Läuterung überwunden zu haben. In einer Zeit, in der immer weniger TäterInnen leben und noch weniger eine gesellschaftliche Funktion ausüben, ist die Rücksicht auf die Ehre der Großväter ein Anachronismus, der gesamtgesellschaftlich durch die Darstellung von Schuld und Leid als allgemein menschlichen Wesenszügen ersetzt wird, weil sich dies als Mittel der Politik viel produktiver handhaben lässt. Auch hier gehen die Nazis mit ihrer gesellschaftlichen Zukunftsvorstellung also an den Problemdefinitionen der Gegenwart vorbei.

Anders sah es bei den Hartz IV Protesten aus. Auf einem Terrain, auf dem das staatliche Handeln nur Zumutungen zu bieten hat, ohne dass die im Kapitalismus notwendig als Krise auftretende Arbeitslosigkeit auch nur aufhörte zu steigen, erscheint die Gesellschaftsvorstellung der Nazis als echte Alternative. Die unmittelbar beim der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft entlehene Rezeptur aus Arbeitszwang und Teilhabe ist genau die soziale Diktatur, die Sicherheit verspricht. Gerade weil in der sozialen Frage die Rolle der Arbeit und das autoritäre Staatsverständnis zusammenkommen, während die neoliberale Politik nur von einer gescheiterter Initiative zur nächsten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von arm nach reich eilen kann, ist Problemdefinition und Problemlösung im völkischen Modell so überzeugend. Dagegen zu argumentieren, auf dem gegenwärtigen Niveau der kapitalistischen Produktion sei die völkische Krisenlösung nicht reproduzierbar, ist genauso oberflächlich wie die Behauptungen der anderen parlamentarischen Kräfte, es handle sich bei der

völkischen Option um keine Lösung, und sie sei außerdem nicht finanzierbar.

Gegen solche Argumente wirkt die völkische Position unverbraucht und ehrlich, weil sie aus den marktliberalen Schemata ausbricht und die politische Aneignung der Ökonomie verspricht. Ein Modell, das den Forderungen der PDS nicht unähnlich ist, nur dass diese auf dem Boden des Grundgesetzes stehen will und deshalb in ihren konkreten Regierungsbeteiligungen, die versprochene politische Aneignung nicht umsetzen kann. Es ist nicht zufällig, dass die NPD ihrem Wahlvolk immer demonstrieren will, dass sie solche Probleme nicht haben wird. Vielmehr stilisiert sie sich als Fundamentalopposition wozu auch Auftritte wie die Rede vom „Bombenholocaust“ gehören, die dem eigenen Anhang beweisen sollen, was die NPD von den anderen Parteien trennt. Auch wenn in diesem konkreten Fall die Wirkung auf dem geschichtspolitischen Feld der NPD nicht zuträglich gewesen ist, ihre Rolle als „die oppositionelle Kraft für die Interessen des deutschen Volkes“ hat sie damit gespielt.

Das ist Demokratie

Es wäre vorschnell, die Forderungen der SPD nach mehr politischer Steuerung des Kapitalismus als Antwort auf die NPD zu interpretieren. Vielmehr sind sie eine Reaktion auf die politische Interpretation der ökonomischen Lage durch die Bevölkerungsmehrheit. Und da diese vom rechten Konsens geprägt ist, auf dem auch der Erfolg der NPD beruhte (zur Erinnerung: neben den fast zehn Prozent in Sachsen, wäre ihr überdies auch beinahe der Einzug in den Landtag des Saarlandes geglückt und auch der neuerliche DVU Erfolg in Brandenburg dürfte auf die durch die NPD dominierte Naziposition zurückgehen), zeigen sich hier Überschneidungen.

Aus der Initiative der SPD zu folgern, jetzt werde auf dem Gebiet der Sozialpolitik das gleiche erfolgen, was sich auch schon bei Friedensbewegung und Geschichtspolitik gezeigt hat, dass die Nazis durch die politische Initiative der Regierungsparteien marginalisiert werden, ist nicht unberechtigt, verkennt aber die Aktualisierung und Verfestigung des rechten Konsenses durch solche Entwicklungen. Auch nach der Änderung der Asylgesetzgebung 1993 nahmen zwar die Pogrome ab, jedoch nicht die Stärke der Nazibewegung, die nur auf neue Themen wartete an, denen sich ihre Kampagnen entzünden konnten. Und auch jetzt ist mit dem Abebben der Hartz IV Proteste nur das Nachlassen einer Kampagne zu verzeichnen, gleichzeitig aber auch das weitere Fortschreiten der Etablierung der NPD als politischer Kraft. Das inhaltliche Schweigen der Parteien, die für ihre Initiativen selbst auf Elemente des im Wahlvolk wirksamen rechten Konsens zurückgreifen, zur Problematik der NS-Anleihen im völkischen Angebot der NPD ist deren langfristig wirksamer Erfolg.

NS-Tabu

Es ist schon aus der Beschreibung des rechten Konsenses als Nebeneinander von Elementen der nationalsozialistischen Weltanschauung deutlich geworden, dass rechter Konsens und Volksgemeinschaft zwar miteinander verbunden, aber nicht dasselbe sind. Von einer Volksgemeinschaft – durchaus nicht nur im historischen Sinn – kann erst gesprochen werden, wenn sich der rechte Konsens zu einem politischen Programm verfestigt. Dass diesem Widerstände entgegenstehen, zeigt schon, dass selbst in der gegenwärtigen Diskussion der sozialen Lage die NPD nur gebietsweise Erfolge zu erzielen vermag (weder in Schleswig-Holstein noch in Nordrhein-Westfalen waren ihr Wahlerfolge vergönnt). Es zeigt sich aber vor allem am Ziel der NPD, die BRD in eine neue DDR zu verwandeln. Vom positiven Beispiel der DDR sprechen führende Vertreter der NPD in Interviews immer wieder. Besonders gefiel ihnen an der DDR neben deren Streben nach wirtschaftlicher Selbstversorgung die ethnische Homogenität, die ausländische Arbeitskräfte nur getrennt von der deutschen Gesellschaft und nur unter der strengen Auflage zur späteren Rückkehr in die Herkunftsländer akzeptierte. Und auch das soziale Modell der DDR mit seinen Pseudogewerkschaften, Einheitspartei, Haus- und Betriebsgemeinschaften wirkt auf die Nazis anziehend. Jedoch kann dieses Gesellschaftsmodell gegenwärtig auf Bundesebene niemand für mehrheitsfähig halten.

Während die Zustimmung für Elemente des rechten Konsenses weit über den zwanzig Prozent Nazis liegt, die für die BRD seit dem Beginn ihrer Existenz als gegeben angenommen werden müssen, ist das Engagement für eine Umwandlung der BRD in einen großen Osten, gesellschaftlich nicht spürbar. Allerdings ist diese Diagnose etwas zu relativieren. Denn die hohe Zustimmung zur Idee eines bis zur Diktatur starken Staates, der für sein Volk ein soziales Auskommen garantiert, hat auf lokaler Ebene durchaus Konsequenzen. Die Berichte etwa aus den Dorfgemeinschaften der sächsischen Schweiz lassen keinen Zweifel zu, dass dort die Mischung aus Repression und sozialer Geborgenheit vom Verein der freiwilligen Feuerwehr bis zum Dorffest längst generationen- und spektrenübergreifend praktiziert wird. Ein Modell der Volksgemeinschaft im Kleinen, das die NPD mit Kinderfesten und Suppenküchen ganz bewusst auch außerhalb der bereits „nationale befreiten Zonen“ etablieren will.

Was aber der Durchsetzung der Volksgemeinschaft über die Nazilandstriche hinaus im Wege steht, ist die Tabuisierung der positiven Bezüge auf den Nationalsozialismus und seine zentrale Ideologie, den Rassenantisemitismus, in der deutschen Gesellschaft. Auch wenn es in Deutschland schwer fällt, die Elemente des Nationalsozialismus zu identifizieren und zu kritisieren, auch wenn es bei jedem antisemitischen Vorfall vernehmbare Zweifel gibt, ob es sich tatsächlich um Antisemitismus handle, der als berechtigt angesehene Vorwurf des Antisemitismus oder einer positiven Bezugnahme auf den Nationalsozialismus führt zum

Ausschluss aus dem etablierten öffentlichen und politischen Leben. Das haben die Beispiele Möllemann und Hohmann in den letzten Jahren gezeigt. Das NS-Tabu wird dabei weder als äußerer Zwang noch als Ausdruck einer political correctness gewertet. Es ist vielmehr eine Selbstverständlichkeit, die von den auf das Grundgesetz und die von ihm beschriebene freiheitlich-demokratische Grundordnung verpflichteten politischen Eliten als antifaschistischer Gründungskonsens der BRD angesehen wird.

Die Existenz des rechten Konsens verdeutlicht damit, dass die Demokratie in der BRD nicht nur und oft nicht einmal in erster Linie problematisch ist, weil in ihr die Machtergreifung einer nationalsozialistischen Partei, wie der NPD unmittelbar bevorsteht. Problematisch ist sie schon allein deshalb, weil unter dem Tabu des Nationalsozialismus wesentliche seiner Elemente fortwirken, die den inhaltlichen Bruch zu den Nazis oft nur als oberflächliches Beharren auf einem Tabu erscheinen lassen, dessen konkrete inhaltliche Füllung unterbleibt. Doch auch der inhaltlich nicht vertiefbare Bruch ist gesellschaftlich relevant, weil er den offenen Ausbruch der Volksgemeinschaft verhindert. Die demokratischen Strukturen der postnationalsozialistischen Gesellschaft BRD sind dabei zugleich beides: Bollwerk gegen die Machtergreifung einer Nazi-Partei und Bedingungen der Fortwirkung nationalsozialistischer Ideologiefragmente. Es ist diese Transformationsleistung, die aus Deutschland den „demokratischen Staat“ gemacht hat, der in den Reden und Kommentaren zum 8. Mai gefeiert wurde, ohne dass die Volksgenossen des Rassenstaats eine echte Entnazifizierung erlebt hätten. Der Erfolg der Demokratie im Westen vollzog sich ohne größere Repressionswellen,² was neben der Niederschlagung Deutschlands auch der Tatsache zu verdanken ist, dass sie den Deutschen, so wie sie waren, Identifikationspotentiale bot. Nicht nur erfuhr der Antikommunismus im Kalten Krieg sofort eine Rehabilitierung auch das Verständnis vom Staat als autoritärer, sozialer Institution setzte sich fort und die Aufbauhilfe für den Frontstaat BRD zusammen mit dem Verzicht auf Reparationen produzierten das Wirtschaftswunder, das sofort als neuerlicher Beleg deutscher Überlegenheit gedeutet wurde. Demokratie blieb so, in einigen Gegenden mehr in anderen weniger, bis heute eine institutionelle Ordnung, die nicht mit dem Leben politischer oder ökonomischer Interessengegensätze erfüllt wurde. Die demokratische Auseinandersetzung – so begrenzt die Möglichkeiten zur Veränderung im vorgegebenen kapitalistischen System auch seien mögen – gelten immer noch als Störung der bundesrepublikanischen Konsensmaschine. Jeder Streik ist eine Katastrophe; jeder Protest, der sich nicht an Behördenvorschriften hält, ein außergewöhnliches Ereignis, das es nach Möglichkeit zu verhindern gilt.

² Im Osten war das zunächst noch anders. Die Inhaftierung zehntausender Nazis muss heute als Beleg dafür herhalten, dass der Antifaschismus der sowjetischen Militärverwaltung ein ähnliches Übel gewesen sei, wie der Nationalsozialismus.

Bis heute ist die Transformation des Nationalsozialismus in das System der BRD nur unzureichend erfasst. Studien über die Erschaffung des Sozialstaates im Nationalsozialismus sind gerade en vogue. Aber das Interesse an ihnen erklärt sich auch daraus, dass sie einer am neoliberalen gesellschaftlichen Umbau interessierten Öffentlichkeit Argumente dafür liefern, den sozialstaatlichen Verteilungsmodus gesellschaftlichen Reichtums zu delegitimieren. Auch wenn der Klassenkompromiss in der BRD zweifellos Teil der postnationalsozialistischen Transformation ist,³ ist seine gegenwärtige Infragestellung alles andere als von einem antifaschistischen Impuls getrieben. Die Vereinbarkeit von Postnazismus und Neoliberalismus beweisen die Beispiele der FPÖ in Österreich und der Lega Nord in Italien. Die neoliberale Bewegungen gegen den Staat drücken das Wesen des Postnazismus aus, wenn sie die Rücknahme institutionell garantierter Rechte und Verfahren zugunsten einer unbürokratischen Durchsetzung des Volkswillens fordern. In der Form von FPÖ und Lega Nord haben sie sich noch auf eine andere Weise von einer eins-zu-eins Wiederholung des Nationalsozialismus gelöst, als es der um die Modernisierung des Nationalsozialismus bemühte Teil der NPD plant. Dem modernen Flügel der NPD geht es darum, die Volksgemeinschaftsidee gegen die in der Partei organisierten „NS-Spinner“ von der historischen Verknüpfung mit dem Dritten Reich zu lösen, ohne sie in der postnationalsozialistische Gesellschaft verwirklicht zu sehen. Dem neoliberalen Postnazismus geht es dagegen „nur“ um einen autoritären Staat, der die Institutionen der Demokratie durch die Aktivierung des „Volkswillens“ gelegentlich zu übergehen vermag.

Gerade in ihrem nicht auf den Staatsstreich ausgerichteten Programm erweisen die populistischen Strömungen außerhalb der BRD das postfaschistische/postnationalsozialistische Potential innerhalb der Demokratie. Wie der rechte Konsens aus unverbundenen Fragmenten der nationalsozialistischen Weltanschauung beruht, beruht der Populismus in der Aktivierung dieser Fragmente zu politischen Programmpunkten. Dazu bedarf es allerdings nicht immer einer eigens populistischen Bewegung. Diese Funktion können die etablierten Parteien genauso übernehmen. Die Kampagnen gegen Sozialschmarotzer oder unpatriotische Manager liefern hierzulande regelmäßig Beispiele für die Bandbreite des Möglichen. Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang auch die Kampagnen gegen Nazidemonstrationen. In der Abgrenzung von denen, die das NS-Tabu nicht anerkennen, offenbart sich immer wieder, wie wenig demokratisches Verständnis die Exekutive besitzt. Statt nationalsozialistische Betätigung grundsätzlich zu verbieten, wird die öffentliche Äußerung politischer Meinungen im Zweifelsfall bis zur Verhinderung eingeschränkt. In Regionen, in denen Nazihegemonien durchgesetzt sind,

³ Zum Begriff des Postnazismus vgl. Stephan Grigat (Hrsg.), Transformation des Postnazismus, ça-ira-Verlag Freiburg 2003.

bedeutet das, dass antifaschistische Demonstrationen und Initiativen kaum noch durchgesetzt werden können. Erinert sei in diesem Zusammenhang nur an verschiedene Demonstrationsversuche der Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“. Nachdem im Sommer 2004 eine Demonstration in Chemnitz von der Polizei nicht vor Naziangriffen geschützt werden konnte, verhinderte in Pirna im Herbst desselben Jahres ein Polizeiaufgebot die Durchführung einer gegen die Widerstände der lokalen Behörden angemeldeten Demonstration, während sich die örtlichen Nazis erst zur Gegenkundgebung versammeln und anschließend frei durch ihre Stadt bewegen konnten.

Problemebenen

Eine Bewertung der Nazibewegung und ihrer tatsächlichen Wirkungsmacht muss folglich auf drei verschiedenen Ebenen erfolgen, auf denen die Gefahren, die von den Nazis ausgehen von sehr unterschiedlichem Gewicht sein kann. Auf der Ebene einer nationalsozialistischen Macht ergreifung existiert in der BRD gegenwärtig – wie gesagt – kein Gefahrenpotential. NS-Tabu und die Definition gesellschaftlicher Probleme im Rahmen der Demokratie sind zu stark verankert als das die Volksgemeinschaft selbst in einer modernisierten Form eine durchsetzbare politische Option wäre.

Die Gefahren der Nazibewegung liegen auf den beiden anderen Ebenen. Das sind zunächst die sich seit den 90er Jahren ausbreitenden „national befreiten Zonen“. In ihnen geht der Nationalsozialismus als lokales Phänomen eine Verbindung mit den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft ein. Nazis sind in diesen Zonen nicht nur ein normaler Bestandteil der Gesellschaft, sie dominieren diese. Das reicht von der Besetzung öffentlicher Räume über die Aneignung der kulturellen Sparten (Nazivolksfeste, Nazi-Punks aber auch Nazi-Hip-Hopper) bis hin zu Verflechtungen mit Behörden, Schulen und Polizei.

Auf dieser Ebene ist die Nazibewegung zum einen gefährlich, weil sie gewalttätig bis zum Mord gegen alle vorgeht, die nicht in die Volksgemeinschaft passen, wobei es inzwischen immer wieder auch Beispiele dafür gibt, dass selbst dort, wo die völkische Homogenität längst durchgesetzt ist, Juden und Schwule von den Nazis in Mitglieder ihrer Gemeinschaft hineingedeutet werden, um sie zu quälen und zu töten. Das NS-Tabu ist auf dieser Ebene nicht mehr wirksam.

Zugleich ist die Nazibewegung auf der Ebene der „national befreiten Zonen“ am stabilsten. Während in einer ersten Phase in den 90er Jahren noch Phänomene wie der Raveboom zu einem „Pillenknicke“ – also einer Abwendung vom Nazisein und hin zur Party- und Drogenkultur der 90er – in der Nazibewegung führten, sind durch die kulturelle Anpassung und die Abwendung von der bloßen Konzentration auf Skinheads als Jugendkultur der Nazis die politischen Überzeugungen nicht länger durch kulturelle Trends aufzubrechen. Stattdessen ist die Nazihegemonie zu einer Alltagskultur geworden, in die sich andere kulturelle

Phänomene eingliedern. Als Alltagskultur ist diese Hegemonie aber auch nicht länger von der Präsenz von Naziorganisationen abhängig. So wirkte das NPD-Verbotsverfahren auf den Aktivismus der Szene zwar dämpfend, die daraus abgeleitete Schwächung der Bewegung hat sich aber als Täuschung erwiesen. Das zeigt die Stärke mit der die Nazis im Umfeld der Hartz-IV-Proteste wieder zum Vorschein kamen. Statt an Partei- oder Vereinsstrukturen gebunden zu sein, ist die Naziszene in ihren Zonen auf dem Weg, zum gewichtigen ökonomischen Faktor zu werden. Während junge Nazis eher szenetypische Unternehmungen betreiben, Militaria- und Musikläden und -versände, aber auch Treffpunkte wie Fitness- oder Sonnenstudios, sind andererseits auch klassische KleinunternehmerInnen und der Mittelstand Nazis. Der Einfluss solcher Kreise auf die kommunale Ordnung in den Dörfern und kleinen Städten kann kaum überschätzt werden. Zudem haben die wirtschaftlich tätigen Nazis auch die Möglichkeit, die Zugehörigkeit zur Naziszene durch eine Anstellung zu honorieren und so den Wert der Volksgemeinschaft praktisch werden zu lassen.

Aus der lokalen Verankerung geht die dritte Ebene des aktuellen Naziproblems hervor. Ist die Nazibewegung wie im Osten regional stark und vermag es, ihre Stärke in Wahlerfolge umzusetzen, kann sie am öffentlichen Diskurs teilnehmen. Zwar kann sie dort ihre Positionen nicht durchsetzen, doch auch als Grenze des Sagbaren sind die Nazi positionen ein Problem. Die Anwesenheit der Nazi positionen erweitert das Spektrum möglicher Aussagen nach rechts. In der Konsequenz werden Aussagen, die vormals als rechte Außenpositionen wahrgenommen wurden zum Teil des normalen Meinungsspektrums. Ein Phänomen, das auch ohne Parlamentssitze der NPD schon bei der Abgrenzung von Nazidemos auftritt. Allein die formelle Abgrenzung von den Nazis reicht schon als Teil der Selbstvergewisserung aus, auch wenn dabei wie in Dresden am 13. Februar im Kern identische Aussagen gemacht werden.

Durch die Abgrenzung von den Nazis werden die Aussagen des demokratischen Spektrums entproblematisiert. Der Bereich problematischer Positionen beginnt erst jenseits von ihnen, erst gegen die Positionen der Nazis wird – wenn überhaupt – gesellschaftlich Stellung bezogen. Oft aber passiert nicht einmal das und die Abgrenzung bleibt rein formal. Die Nazi positionen werden dann nicht nur durch ihre Aufnahme in den öffentlichen Diskurs an das normale Meinungsspektrum anschlussfähig, durch die fehlende Kommentierung können sie sich langfristig auch als Teil des Meinungspluralismus erweisen, der nicht einfach zurückgewiesen werden kann. Das bisher gültige NS-Tabu droht so durch die Präsenz der Position, die es nicht anerkennt, untergraben zu werden. Seine ohnehin schwache inhaltliche Fundierung kann völlig wegbrechen, was notwendigerweise seine formale Gültigkeit in Mitleiden schaft zöge.

Zivilgesellschaft als aktive Größe

Die schwache inhaltliche Auseinandersetzung mit Nazipositionen in der Öffentlichkeit signalisiert das Scheitern des Projekts zivilgesellschaftlicher Reaktionen auf die erstarkte Naziszene, das im Ergebnis eines Bombenanschlags auf jüdische EinwanderInnen im Sommer 2000 und des sich anschließenden „Aufstands der Anständigen“ verfolgt wurde und bis heute mit Geldern des Bundes und der Länder unterstützt wird. Das Scheitern des zivilgesellschaftlichen Antinaziprojekts verdeutlicht die gesamtgesellschaftliche Dimension des Naziproblems.

Während die gegen Nazis gerichteten Demonstrationen für Deutschland immer noch erfolgreich durchführbar sind, wie zuletzt der von Antifa bis CSU von Gewerkschaften bis Verband der deutschen Industrie in Szene gesetzte „Tag für Demokratie“ am 8. Mai bewies, ist der „Aufstand der Anständigen“ samt seiner institutionellen Ausformungen in den Naziprovinzen ohne Wirkung geblieben. Dabei schien gerade in den Bündnissen, Netzwerken und Zentren für die Opfer der Nazigewalt das Potential zu liegen, das die Antifabewegung nie erreichte, den Nazis vor Ort permanent entgegenzutreten zu können, ihre Aktivitäten nicht nur zu beobachten, sondern so zu thematisieren, dass lokale oder regionale Behörden zum Einschreiten gegen Nazistrukturen bzw. zur Unterstützung oder wenigstens dem Schutz von Initiativen, die sich nicht in den rechten Konsens integrieren lassen, gezwungen sind.

Die Ergebnisse sind nach knapp fünf Jahren ernüchternd. Über die Aufklärungsarbeit, was eigentlich Nazis sind, und die gelegentliche Veranstaltung von Multikultifesten oder nazifreien Diskos gehen die Aktivitäten faktisch nicht hinaus. Die notwendige Skandalisierung des rechten Konsens kann von den zivilgesellschaftlichen Initiativen nicht erreicht werden, noch weniger gelingt es ihnen erkennbaren Druck auf Kommunen oder Verantwortliche auf Landesebene aufzubauen. Statt dessen organisiert sich das an den Fördertöpfen hängende Spektrum von Initiativen und AktivistInnen in Kreisen wie dem „Bündnis tolerantes Sachsen“, wo das Hauptaugenmerk neben der Imagepflege auf dem Kampf gegen „Gewalt“ und „Extremismus“ liegt. Damit wird auf der Ebene des inhaltlich maßgeblichen Netzwerks das Naziproblem bereits entannt, die Mitte der Gesellschaft, aus der es – wie seit im Sommer 2000 breit anerkannt wurde – stammt, wird dort zum erhaltenswerten Kern, der gegen den „Extremismus“ zu verteidigen sei.

Wäre es bloß Naivität, die in den zivilgesellschaftlichen Kreisen zur Ablenkung vom Naziproblem führt, könnte eine politische Auseinandersetzung zur Änderung der Ausrichtung dieser Initiativen führen. Doch in den Aussagen der Initiativen offenbart sich der Einfluss der Ministerialbürokratie, die über Fortführung oder Einstellung der Projekte entscheiden kann, indem sie den Lohnabhängigen AktivistInnen die finanziellen Mittel streicht. Und tatsächlich wurden Projekt wie das Mobile Beratungsteam in

Thüringen, das mit lokalen Antifagruppen wie der Antifaschistischen Aktion Gera zusammenarbeitete, eingestellt.

Die Konsequenz der Einbindung zivilgesellschaftlicher Antinaziinitiativen ist deren Verpflichtung auf die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden – ganz als wäre in Kooperationen mit im rechten Konsens oder volksgemeinschaftlichen Zuständen aufgegangenen Institutionen, der Kampf gegen die Nazihegemonie möglich. Zu welchen abstrusen Resultaten eine solche Verpflichtung führt, zeigte der Bombenanschlag auf das Netzwerk demokratischer Kultur in Wurzen. Die dort organisierten Initiativen wurden nach dem Anschlag zum ersten Mal seit ihrem Bestehen von Polizei und Kommunalverwaltung ernst genommen, weil ihnen die Einflussnahme auf eine angekündigte Antifademonstration zugetraut wurde. Prompt ließen sie sich auch in die Rolle der Verantwortlichen drängen und versuchten, die Demonstration zu verhindern. Während die Wurznener Nazis die Stadt unsicher machten, verpflichteten sich die Initiativen auf das Ziel die DemonstrantInnen auf einem Platz am Rande der Stadt zu halten. Nachdem dies durch einen Polizeieinsatz auch gelungen war, konnten die Nazis lokale UnterstützerInnen des Zentrums auf dem Heimweg angreifen. Lokale Konsequenzen aus dem Bombenanschlag sind bis heute genauso wenig zu erkennen, wie ein Skandalisierung der nicht gelungenen Aufklärung erfolgt ist.

Das Wurznener Beispiel zeigt, wie aus Initiativen, die sich dem Naziproblem konkret widmen, selbst ein Bestandteil des Problems wird. Angewiesen auf und eingebunden in Strukturen, die von der Entstehung des Problems nicht zu trennen sind, verwandeln sie sich in Feigenblatt. Durch die institutionalisierte Unfähigkeit, den politischen Konflikt zu suchen und die gesellschaftlichen Verhältnisse anzuprangern, tragen solche Initiativen gegen ihre Intention zum Fortschreiten des Problems bei. Zugleich ermöglichen es ihnen finanzielle und organisatorische Mittel jeden lokalen Widerstand gegen die Nazihegemonie zu integrieren und unter den herrschenden demokratischen Konsens zu zwingen. Die Überlegenheit über die Antifabewegung in dieser Hinsicht erweist sich so nicht als der erhoffte Segen, sondern als Fluch.

Gegenkonzepte

Lag bisher der Fokus unserer Kritik an der Zivilgesellschaft auf ihren Zielen, die auch dann kritikwürdig wären, wenn den zivilgesellschaftlichen Initiativen ein effektives Vorgehen gegen die Nazibewegung zugesprochen werden könnte, müssen diese Initiativen heute auch kritisiert werden, weil sich an ihnen zeigt, dass Nazihegemonie und rechter Konsens nur bekämpft werden können, wenn das Naziproblem nicht nur als gesellschaftliches benannt, sondern auch behandelt wird. Die offensive Entgegensetzung zu den zivilgesellschaftlichen Ansätzen muss Bestandteil antifaschistischer Interventionen sein, sollen diese nicht von Anti-„Extremismus“- und Anti-„Gewalt“-Bündnissen vereinnahmt werden. Mit einer solchen Haltung kehrte

antifaschistische Bündnispolitik wieder zu ihren Grundlagen zurück, sich nämlich nur unter der Bedingung auf die Zusammenarbeit mit anderen Kräften gegen die Nazis einzulassen, wenn in dieser Zusammenarbeit die inhaltliche Eindeutigkeit der vertretenen Position erkennbar bleibt. Und das heißt bezogen auf die Nazis immer noch, nicht den einzelnen organisatorischen Nazizusammenhang oder gar einzelne Nazis ins Zentrum des Interesses zu rücken, sondern die gesellschaftliche Situation anzugreifen, in der sich Nazipositionen ins allgemeine Meinungsbild einfügen, Nazipositionen nicht inhaltlich widersprochen werden kann und Nazistrukturen als Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung akzeptiert sind.

Doch diese Grundforderungen an antifaschistisches Handeln verweisen nur auf das Problem, sie stellen noch keine Strategie zu seiner Lösung dar. Sollte die konkrete Bedrohung durch Nazis den Angriff auf diese notwendig machen, muss die Reaktion, um nicht völlig ins Leere zu gehen, die gesellschaftliche Situation thematisieren und auf ihre Veränderung drängen, damit wenigstens die unmittelbare Unterstützung der gewalttätigen Nazicliquen unterbrochen wird. Nur so kommt es zur bürgerlichen Abgrenzung von der „ganz normalen“ Nazijugend, zur Schließung von Nazitreffpunkten etc. Problematischer ist allerdings die strategische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Grundlagen der Nazihegemonie selbst. Für diese strategische Auseinandersetzung bedürfte es einer Diskussion, die seit 2001 vollständig zum Erliegen gekommen ist. Statt dessen wird bei der Verhinderung von Naziaufmärschen, bei der Aufdeckung von Nazistrukturen und dem Versuch, sie zu bekämpfen auf Konzepte aus der Mitte der 90er Jahre zurückgegriffen. Doch auch die Weiterentwicklungen dieser Konzepte hatten sich schon 2000 als untauglich erwiesen, um im Fall einer alltäglichen Nazikultur, erfolgreich zu intervenieren. Die Skandalisierung des Nazitums, die bis dahin das Mittel der Wahl war, um durch äußeren Druck eine lokale Veränderung zu bewirken, erwies sich nur als bedingt tauglich. Zum einen, weil die Skandalisierungen nie dazu führten, dass über den lokal thematisierten Punkt hinaus ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess eingesetzt hätte, zum anderen, weil die durch die Skandalisierung erreichten Veränderungen keine dauerhafte Wirkung entfalten konnten, so dass sich in der Regel rasch eine Verlagerung des Naziproblems zeigte.

Für eine breitere Wirkung der Skandalisierungen wäre es nötig gewesen, dass sich die mit ihnen verbundene gesellschaftliche Analyse tiefer durchgesetzt hätte, als es in der nicht mit Inhalt gefüllten Formulierung vom „Naziproblem aus der Mitte der Gesellschaft“ erfolgte. Die von uns favorisierte Variante war deshalb in den letzten Jahren, neben punktuellen Reaktionen auf Naziaktivitäten verstärkt den gesellschaftlichen Konsens und Verschiebungen in ihm zu thematisieren. Dabei zeigte sich rasch, dass die eigentliche Bindekraft der Antifabewegung tatsächlich in ihrem Antinazikonsens lag. Wurden im Zuge dieses Antinazikonsenses in den späten 90er Jahren auch gesellschaftliche Analysen mitgetragen, konnte anhand dieser Analysen ohne direkte Verknüpfung mit Naziaktivitäten nicht einmal eine Diskussion, geschweige denn ein gemeinsames strategisches Vorgehen entwickelt werden, wie es aus dem Antifakongress 2001 folgen sollte. Heute, vier Jahre später, stehen antifaschistische Interventionen prinzipiell immer noch vor dem Problem, dass – wollen sie in Bezug auf das Naziproblem dauerhaft erfolgreich sein – sie sich gegen einen gesellschaftlichen Zustand richten der hegemonial ist und deshalb weder einfach skandalisierbar noch durch Bündnisoptionen überwindbar ist. Existiert aber auch der Wille zu einer erfolgreichen Reaktion auf die Nazibewegung und zur Verteidigung des NS-Tabus noch, dann müssen die taktischen Reaktionen auf Tabubrüche und Nazihegemonien mit der strategischen Diskussion um die Gesellschaft der BRD und den Platz von Nazipositionen und Nazibewegung in ihr verknüpft werden.

